

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

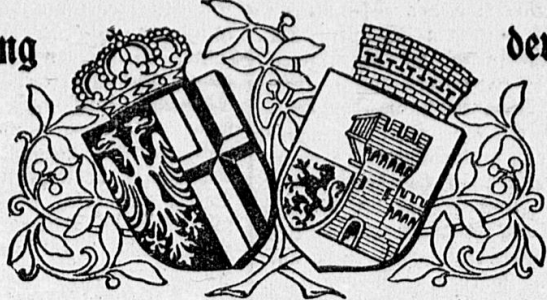
Telephon Nr. 55.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Telephon Nr. 53.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Als Gratisbeilage täglich das Unterhaltungsblatt „Der Hausfreund“, das St. Martinusblatt. — Preis pro Quartal in Neuß durch Boten in's Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.50. Das illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. pro Quartal beigegeben. — Die Zeitung kann auch pro Monat à 50 Pfg. abonniert werden.



Inserate finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kauftüchtigen Lesepublikum unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die leihenspalte Zeile oder deren Raum 15 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß u. Grevenbroich 20 Pfg., für die vierspaltige Reklamezeile 60 Pfg. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 7 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Akademie durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen. Expedition: Neuß, Niederstraße 46.

Nr. 50.

Redaktion: Jof. Grunau.

Freitag, 11. Februar 1910. (Adolf, Desiderius.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft f. Buchdruckerei, Neuß.

37. Jahrgang.

Fastenhirtenbrief

Des hochwürdigsten Herrn Cardinal-Erzbischofs Fischer.

(Fortsetzung.)

Nunmehr rede ich von der Sorge für unsere katholische Arbeiterwelt. Die sogenannte soziale Frage ist eine der wichtigsten und entscheidendsten Fragen der Gegenwart. Sie wird leider verwirrt und fast unlösbar gemacht durch eine Partei, die sich vorzugsweise als Sachwalterin des arbeitenden Volkes aufwirft, die aber durch ihre Grundzüge und ihren Satz gegen alles Christliche und namentlich gegen unsere heilige Kirche dessen wahre Interessen verleugnet und zugrunde richtet. Vor ihr unseren Arbeiterstand zu bewahren und zu schützen liegt im Interesse aller, die demselben christlichen Glauben und christliche Sitten gewahrt wissen wollen, und das ist wiederum ein Gebiet gemeinsamen Wirkens und Strebens für alle, die es mit dem Wohle des Arbeiterstandes und der Zukunft unseres Vaterlandes ernstlich meinen. Dazu ist nötig die liebende Fürsorge für die arbeitende Bevölkerung, die Kenntnis ihrer Lage, ihrer Verhältnisse, ihrer Interessen, ihrer Wünsche, die Anerkennung ihrer berechtigten Forderungen, die scharfe Scheidung derselben von den grundlegenden Ansprüchen der Umsturzparteien, dann aber auch das eheliche Eintreten für diese Forderungen und ihre Verwirklichung, soweit die Umstände es möglich machen, so daß der persönliche Verkehr der Mitglieder anderer Stände mit den Arbeitern, zumal in den Vereinen, sowie ein ausgiebiges, flüßiges, verständnisvolles Wirken zur Herstellung eines friedlichen, von gegenseitigem Vertrauen getragenen Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Das nennt man das „soziale Empfinden“, das so recht den Grundgedanken unseres heiligen Glaubens entspricht. Es immer mehr in allen Kreisen unserer Bevölkerung anzulegen und zu verbreiten, hat sich der „Volkverein“ für das katholische Deutschland“, der in Gladbach seinen Sitz hat, zur besonderen Aufgabe gemacht. Ich spreche den Leitern desselben und besonders seinem hochverdienten Präsidenten gerne meine oberbischöfliche Anerkennung aus und empfehle den Verein aufs neue behufs immer weiterer Ausdehnung und Wirksamkeit in der Erzdiozese. Unsere katholischen Arbeiter selbst sozial und zugleich religiös zu schulen ist die Aufgabe unserer katholischen Arbeitervereine, deren wie allüberall in den industriellen Bezirken der Erzdiozese haben, denen ähnliche Vereinigungen auf christlich-gläubiger, nichtkatholischer Seite entsprechen. In diesen Vereinen, die unter der Oberleitung der Diözesanprälaten stehen, wird fleißig gearbeitet, und ich kann nur meiner Genugthuung Ausdruck geben über das selbstlose, rührige Wirken, das namentlich die jüngere Geistlichkeit auf diesem Gebiete entfaltet, und protestiere laut gegen die traurigen Verdächtigungen, die jüngst in gewissen öffentlichen Blättern gegen sie erhoben worden sind. Nur mache ich auf eine Gefahr aufmerksam, die bei der starken sozialen Strömung der Gegenwart nahe liegt. Ich habe die Befürchtung, daß über der sozialen Schuttlung, die nötig ist, die religiöse Vernetzung hier und da etwas in den Hintergrund treten möchte. Das wäre verkehrt. Gerade weil das Streben der Arbeiter im tiefsten Grunde darauf ausgeht, dem Arbeiter den Glauben zu entreißen, desto entscheidender, tatkräftiger, zielbewusster muß derselbe in den Herzen gefestigt werden durch Belehrung und religiöse Übung. Wiederum liegt bei der Belehrung die Gefahr nahe, daß man zu sehr, wenn nicht gar ausschließlich, das sogenannte apologetische Element, die Abwehr gegenüber den Einwänden, betont. Es scheint, daß wirklich in einzelnen Vereinen in dieser Beziehung zu weit gegangen wird. Gewiß hat das apologetische Verfahren seine Berechtigung und ist die Abweisung der landläufigen Einwände, die immer leiser ins Volk geschleudert werden, eine notwendige; doch muß folches mit weiser Vorsicht und Mäßigkeit geschehen, soll nicht gerade dadurch die Zweifelhaftigkeit genährt werden. Jedenfalls darf aber die aufbauende, positive Methode nicht vernachlässigt werden, die den eigentlichen Glaubensinhalt nach seinem Zusammenhang, seiner Begründung, seiner übernatürlichen Schönheit und Erhabenheit, sowie das durch die Geschichte bezeugte segensreiche Wirken der Kirche im Laufe der Jahrhunderte zur Darstellung bringt und mit der Erleuchtung des Verstandes die Kirche zum heiligen Glauben und zur Kirche Gottes in Herz und Willen einleitet. Und dann kommt der Belehrung die religiöse Übung! Auf sie muß man immer, nicht in zudringlicher Weise, aber mit Ernst und Ausdauer hinweisen. Ein katholischer Mann, der die Religion liebt, der betet, der heiligen Messe beiwohnt, Gottes Wort in der Predigt hört und zumal sich durch öftere heilige Kommunion, der ist geistig gegen die Angriffe. Das gilt insbesondere auch von dem Arbeiter. Ich weise hier auch hin auf die geschlossenen Erziehturen für den Arbeiterstand, die jahraus, jahrein im Erziehturenhaus in Werfen gehalten werden und die zu meiner großen Freude einen alle Erwartungen übersteigenden Zuspruch finden, so daß das große Haus bereits für seinen Zweck zu klein ist und ich demnach die Mithatigkeit der Gläubigen durch eine Kirchenkollekte behufs Erweiterung der Gebäulichkeiten anrufen muß. Auch die im Hause Rita (Pfarre Galtmuth) in der Gifel, sowie im Geselehaus zu Tüßeldorf von Zeit zu Zeit veranstalteten Erziehturen sind fleißig besucht worden. Ich empfehle den Herren Prälaten der verschiedenen Vereine bei dieser Gelegenheit die Förderung der genannten segensreichen Übungen recht sehr. Kann naturgemäß im Verhältnis zu der großen Zahl der Mitglieder des arbeitenden Standes nur eine kleine Auswahl teilnehmen, so werden diese, von dem heiligen Feuer, das von oben kommt, entflammt, später gleichsam als Apostel wirken in den Kreisen, denen sie nahe stehen. Ein Hauptkontingent stellen bei den heiligen Erziehturen unsere Geselevereine. Und da ist es mir eine Freude und eine Befriedigung, hier öffentlich feststellen zu können, daß der Geseleverein, der seinen Hauptsitz in Köln hat, sich immer mehr verbreitet, besonders auch in der Erzdiozese, und dabei den bewährten, vom seligen Vater Kolping ihm eingegebenen Geist eifrigst pflegt und nährt. Hat er sich auch mehrfach den modernen Verhältnissen anbequemen müssen und widmet er demgemäß der gewerblichen Ausbildung und sozialen Schulung seiner Mitglieder mit Recht ein immer wirksameres Interesse, so hält er andererseits mit treuer Sorgfalt an dem religiösen Fundament, auf dem Kolping sein Gebäude errichtet, fest und pflegt zielbewusst nach wie vor die religiöse Ausbildung und die religiöse Übung. Ich wünsche ihm zum Besten unseres Handwerkerstandes von Herzen Gottes reichsten Segen und ermuntere den Vorstand und die einzelnen Prälaten, mit Gottvertrauen fortzufahren in ihrem Wirken für die jungen Handwerker. Die soziale Fürsorge wird durch den Drang der Umstände in der Jetztzeit auch immer mehr auf das weibliche Geschlecht hingewiesen, das vielfach des Schutzes und der Hilfe bedürftig ist. Viel, sehr viel haben bereits in dieser Hinsicht, neben den Priestern, die sich auch dieser festforlichen Aufgabe gerne unterziehen, unsere Ordensfrauen gewirkt und tun es noch immer, zumal in den großen Städten und Industriebezirken: eine stille, sich nicht in die Öffentlichkeit drängende, daher vielfach wenig bekannte und wenig beachtete, aber desto nachhaltigere, für leibliches und geistliches Wohl ersprißliche und vom Segen Gottes beachtete Tätigkeit. Ich spreche den guten Schwörmern dafür gern meinen oberbischöflichen Dank und meine lebhafteste Anerkennung aus. Über es ist des weiteren erfreulich und mit Dank zu begrüßen, daß in den letzten Jahren sich an verschiedenen Orten der Erzdiozese auch katholische Damen zusammengeschlossen haben, um unter dem Segen der Kirche und im innigen Anschluß an ihre Organe desgleichen tätig zu sein für die der Hilfe bedürftigen Mädchen und Frauen. Ich denke dabei besonders an die vielgestaltige Wirksamkeit des katholischen Frauenbundes und empfehle ihn gern bei dieser Gelegenheit. Allein wenn schon beim Wirken zugunsten der arbeitenden männlichen Bevölkerung das religiöse Element nicht außer acht gelassen, vielmehr in hervorragender Weise beachtet werden muß, so gilt das in erhöhtem Maße, wenn es sich handelt um das weibliche Geschlecht. Auch hier habe ich die Befürchtung, daß hier und da in dieser Hinsicht, aus gut gemeinten „sozialen“ Ueberseher, etwas gefehlt werde. Ich warne vor solchen Missgriffen, woher sie immer kommen mögen. So muß namentlich in unseren Arbeiterinnenvereinen, die sämtlich unter der Oberleitung des Diözesanprälaten stehen, und soweit sie nicht als eigentliche marianische Kongregationen eingerichtet oder solchen angegliedert sind, die religiöse Unterweisung und die religiöse Übung die Hauptaufgabe bilden, wodurch eine entsprechende soziale Belehrung und Ausbildung ebensoviele ausgeschlossen ist, wie eine in den rechten Grenzen bleibende Erholung. Dabei will ich nicht unterlassen zu erwähnen, daß auch viele, sehr viele Mitglieder dieser Vereine sich regelmäßig, zu meiner großen Zufriedenheit, an den heiligen Erziehturen beteiligen, die alljährlich in den Fastenwochen in verschiedenen Häusern stattfinden. Gottes Segen über diese braven Mädchen! Ich darf das Vertrauen haben, daß auch ferner diese heilsamen Veranstaltungen allseitige Förderung und immer regere Beteiligung finden. Es sei auch hier hervorgehoben auf unsere Dienstbotenvereine, die in allen großen Städten der Erzdiozese bestehen, meist unter Leitung von Ordensschwörmern, denen ein geistlicher Prälat zur Seite steht. Gewöhnlich ist mit ihnen eine marianische Kongregation verbunden, wie denn gerade auch in diesen Vereinigungen das religiöse Element eine vorzügliche Pflege beanspruchen muß. Sie wirken viel Gutes. Statt sie zu zerstreuen oder ihnen neue Organisationen an die Seite zu setzen, soll man sie allernächst unterstützen, vermehren, weiter ausbauen. Ich gedenke auch gern bei dieser Gelegenheit der in den jüngsten Jahren entstandenen katholischen Vereine für Lednerinnen und weibliche Angestellte, die von Köln aus sich immer weiter verbreiten und deren segensreiches Wirken nicht minder durch das religiöse Fundament bedingt ist, auf dem sie beruhen und das sie sich für alle Zukunft sichern mögen.

Schluß folgt.

Jugendfürsorge.

Man hat von einem Jahrhundert des Kindes gesprochen und dabei den Zeitbegriff einer großen Menschheitsfrage zum Gesamtbegriff der Bestrebungen eines Jahrhunderts gemacht. Wir meinen, man könnte vielmehr das Jahrhundert des Kindes im weiteren Rahmen des Jahrhunderts der Jugend wiederfinden und damit den Fürsorgebestrebungen für die heranwachsende Jugend einen breiteren Rahmen gewähren. Es ist ohne Zweifel ein Verdienst der neuen Zeit, dem Kinde und der Jugend überhaupt ihr volles Augenmerk zuzuwenden zu haben, auf dem Samen der Zukunft. Die zunehmende Industrialisierung, der immer schärfer einsetzende

Kampf um das tägliche Brot, die Notwendigkeit der Ausnützung aller zum Erwerb verfügbaren Kräfte hat im Laufe der jüngsten Zeiten eine Lockerung der Familienbände eintreten lassen, wie sie frühere Zeiten nicht kannten. Fast immer der Vater, meist auch die Mutter, müssen sich tagsüber in harter Arbeit, den Unterhalt für die oft recht zahlreiche Familie aufzubringen. Sich selbst überlassen, bar jeder elterlichen Sorge, wachsen die Kinder auf, vielfach fremden Leuten zur Pflege und Ueberwachung überlassen, der mütterlichen Liebe, der väterlichen Strenge entrückt. Kaum der Zucht der Schule entlassen, oft auch schon früher, werden sie, ungefestigt im Willen, ungelärt in der Erfahrung, hinausgeschleudert in das Getriebe der mitleidlosen Welt zu eigenem Erwerb. Gefährdet vom ersten Atemzug an wachsen solche Kinder, besonders in den Großstädten, auf. Sausüchtiger Mangel oft an dem Nötigsten, Krankheiten der Eltern, dürftige Wohnungsverhältnisse bedrohen die körperliche Entwicklung, ungenügende oder verkehrte Erziehung, schlechtes Beispiel der Familienangehörigen, tolle die sittlichen Reine aus; die Gefahren der Großstadt mit ihren Lockungen, ihrer Kameradschaft, vernichten, was an guten Trieben noch im Herzen der heranwachsenden Menschen übrig ist. So konnte es nicht ausbleiben, daß in der neueren Zeit in allen Staaten sich laut die Stimmen erhoben, welche warnend auf die fortbreitende Gefährdung der Jugend mit ihrer drohenden Gefahr für die Allgemeinheit hinwiesen. Denn die Gefährdung der Jugend in körperlicher und sittlicher Beziehung führt zur Verwahrlosung, und aus der Verwahrlosung entspringt die Verwilderung des heranwachsenden Geschlechts. Eine verwilderte, sittenlose, jede Autorität verneinende Jugend bildet für Stadt und Land, für Volk und Staat eine ständig wachsende Gefahr, die in letzter Linie sogar zum Verfall der Nation führen kann.

Viel ist schon geschehen, dem drohenden Unheil zu wehren, und freiwillige und staatliche Fürsorge ist bemüht, einen Damm zu setzen der andringenden Flut. Der Säuglingsfürsorge in Krüppelanstalten und Säuglingsheimen schließen sich Kinderbewahranstalten und Kindergärten an; Horte für Straßen- und Mädchen, während der Schule und suchen das fehlende Familienleben zu ersetzen; Lehrlingsheime, Dienstbotenheime, Herbergen, Hospize und Kolonien gehören den gerade nach der Schulauflösung im ersten selbständigen Erwerbsleben am meisten gefährdeten Jugendlichen Schutz vor dem verderblichen Einflüssen einer rücksichtslos nur dem Gewinn nachstrebenden Welt; Erziehungs-, Besserungs- und Rettungsanstalten, Fürsorgeheime nehmen die Unglücklichen auf, die ohne genügende innere Festigung dem ersten Ansturm eines verführerischen Lebens erliegen. Allein trotz der günstigen Erfolge all dieser einzelnen Bestrebungen drängt das Bedürfnis der fortschreitenden Zeit zu einer zielstrebigsten Weiterentwicklung im Sinne einer Sammlung aller Kräfte. Schon hat das Verlangen selbst der staatlichen Gewalt gegenüber der Ausartung des heranwachsenden Geschlechts, die besonders in den Großstädten trotz aller staatlichen Strafen und Zwangsmittel immer mehr zunehmende Verwilderung und Verwilderung der schulentlassenen Jugendlichen, die heftigste Steigerung der Straffälligkeit dieser Jugendlichen, zu einer Fortentwicklung der Jugendfürsorge in der Richtung einer Vereinigung staatlicher Autorität mit privater Fürsorgetätigkeit geführt in den Jugendgerichten. Und die Beobachtungen, die gerade das Jugendgerichtsverfahren mit seinem tiefen Eindringen in das freilebende Getriebe des jungen Menschen, seinem sorgfältigen Erforschen des ganzen Lebens- und Entwicklungsganges nicht bloß des Jugendlichen, sondern seiner ganzen Umgebung ermöglicht hat, geben begründeten Anlaß zu der Mahnung: nicht genügen die unorganisierten Sonderbestrebungen verschiedener Fürsorge; ein Zusammenschluß aller das Wohl der Jugend und des Volkes erstrebenden Vereinigungen auf christlicher Grundlage, wenn auch unter Wahrung der Eigenart und Selbstständigkeit der einzelnen Fürsorgeeinrichtungen, ein Zusammenschluß über weite Strecken hin ist notwendig; die Zerplitterung der reichlich vorhandenen Kräfte muß durch eine gemeinsame, jeder Tätigkeit ihren Wirkungskreis zuteilende und sie in das Gesamtgetriebe zweckmäßig einfügende Organisation mit einem einheitlichen Mittelpunkt vorgebeugt werden. Aber nicht reicht die Vereinigung der bereits wirksamen Kräfte aus, es bedarf der Erweckung des Gewissens des ganzen Volkes, der Festigung der Ueberzeugung, daß Fürsorge für die Jugend gleichbedeutend ist mit Erhaltung der Volkskraft, und daß jeder zu seinem Teil als Glied des Volksganges teilnehmen muß an dieser Fürsorge. Der Kreis der operativ tätig und persönlich mitarbeitenden Fürsorger muß sich erweitern, denn Jugendfürsorge ist in erster Linie die edelste Frucht der Nächstenliebe. Daneben und nicht zuletzt bedarf es der Erquickung einer dauernden und ergiebigen freundlichen Quelle finanzieller Hilfe; denn aus Not und Elend entspringt ja meist Gefährdung, Verwahrlosung und Verkommenheit, und eine wirklich durchgreifende und umfassende Fürsorge gelingt nicht durch bloße Ermahnungen, sondern nur durch wirkliche Hilfe.

Die Wohlgerüche Indiens.

Schon seit alten Zeiten wurden unter den vielen Rohstoffen, die das Land Indien zur Sehnachts des habgierigen Europa machten, auch die Wohlgerüche genannt, und bis auf den heutigen Tag haben namentlich einige bestimmte Gebiete Indiens diesen Ruf bewahrt. Eine Schilderung davon, was er auf einer Reise in Indien von den dortigen Parfümherren erfahren und gehört hat, gibt Dr. Georg Roeder im „Tropenpflanzer“. Die ersten Rüstel gaben ihm die kleinen Räden eines Geschäftshauses in Delhi auf, in denen unzählige kleinen verschickener Größe und mit verschiedenfarbigen Inhalt aufgespeichert waren. Merkwürdigerweise wollten die Verkäufer von ihren Rohstoffen zwar den Europäern verkaufen, so viel sie haben und bezahlen wollten, aber nicht verraten, woher all diese Eliziere kamen. Erst später konnte er feststellen, daß die Orte Kanauich, Ghazipur und Dschampur die Hauptorte der indischen Parfümeriefabrikation sind. Die letzte Stadt besuchte Dr. Roeder von Venares aus und konnte dort interessante Vergleiche mit der ihm bekannten Herstellung von Parfümieren in Grasse, dem berühmten Mittelpunkt der französischen Fabrikation, anstellen. Nach der auch in Europa üblichen Destillation wird in Dschampur nur Sandelöl und Cardamomöl aus den in Grasse gewonnenen Früchten bereit. In Grasse selbst gewinnt man in ähnlicher Weise Zimmt, ferner das Öl eines Oranges Citronella, wovon im vorigen Jahr für rund zwei Millionen Kronen ins Ausland ausgeführt wurde. Diese Industrie würde wahrscheinlich schon jetzt einen noch größeren Aufschwung genommen haben, wenn man sich nicht der unverlässlichen Praxis bediente, es mit Petroleum zu versetzen. Das Gras wird vor der Destillation in der Sonne getrocknet. Allerdings sind in Java Pflanzungen von Citronella gemacht worden, deren Ausnutzung einen guten Erfolg gehabt hat, und Indien wahrscheinlich einen nachdrücklichen Wettbewerb machen wird.

Bemerkenswert ist besonders die Art, wie man in Indien gerade die feinsten Öle, die aus Blumendüften hergestellt werden, zu gewinnen gewohnt hat. In Europa wird zu diesem Zweck tierisches Fett als Verdünnungsmittel benutzt, das diese Öle erst in verdünntem Zustand ihren vollen Geruch entwickeln. In Indien war dies unmöglich, weil dort eine derartige Verwendung tierischer Stoffe aus religiösen Gründen ausgeschlossen ist. Der Hindu darf sich nicht einmal mit einer Zeile waschen, bei deren Bereitung ein tierisches Fett mitgewirkt hat. Sie bringen ihre Wohlgerüche in drei verschiedenen Formen auf den Markt. Erstens werden sie in der denkbar einfachsten Art destilliert, nämlich mit Wasser, das den betreffenden Geruch annimmt. So entsteht das indische Rosenwasser und das sogenannte Keora, das aus einer auch in der Wissenschaft nach ihrem Wohlgeruch bezeichneten Art der Pandang bereit wird. Die zweite Form der indischen Parfüms entspricht derjenigen des Rosenöls, das auch dort mit dem orientalischen Namen Attar gekennzeichnet wird. Die Indier stellen diese Sorte von Rohstoffen aus den Blüten verschiedener Blumen, nämlich außer der Rose auch aus Jasmin, Senna usw. durch Destillation mit Sandelöl her, das in ähnlicher Weise wie das Wasser den Duft gleichsam aufsaugt. Die dritte Form der Saarele bezeichnet Dr. Roeder als eine der großen Wertwürdigkeiten der indischen Technik, weil aus ihrer Herstellung hervorgeht, daß die Indier wahrscheinlich viel länger als die Europäer die Tatsache, daß ein Riechstoff durch ein Fettstoff ausgezogen wird, kennen und in außerordentlich feiner Weise praktisch verwertet haben. Die Blüten werden bei ihrem Verfahren abwechselnd mit Lagen von Seifensaat übereinandergeschichtet, die mit ihrem Öl, dem bekannten Seifensaat, alle Däfte an sich zieht. Diese wohlriechenden Öle werden in ganz ungeheuren Mengen in Indien hergestellt, verkauft und verbraucht. In Dschampur und Ghazipur soll es allein erheblich mehr als 100 Fabrikanten dieser Öle geben.

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Telephon Nr. 85.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Telephon Nr. 65.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Als Gratisbeigabe täglich das Unterhaltungsblatt „Der Hausfreund“, das St. Quirinusblatt. — Preis pro Quartal in Neuß durch Boten in's Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.50. Das illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. pro Quartal beigegeben. — Die Zeitung kann auch pro Monat à 50 Pfg. abonniert werden.



Inserate finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kauftüchtigen Lesepublikum unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die siebengepaltete Zeile oder deren Raum 15 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß u. Grevenbroich 20 Pfg., für die viergepaltete Zeile 10 Pfg. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 7 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Akademie durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen. Expedition: Neuß, Niederstraße 46.

Nr. 51.

Redaktion: Jol. Grunau.

Freitag, 11. Februar 1910. (Molff, Desiderius.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft f. Buchdruckerei, Neuß.

37. Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 10. Februar.

* Eine vernünftige Rede hat der ehemalige Kriegsminister v. Einem, jetzt Kommandierender General, zu Münster bei dem dortigen Kaisergeburtstagsessen gehalten. Derselbe führte u. a. aus:

„Für Europa ist der Friede kein selbstverständliches Gut. Noch vor Jahresfrist glaubten viele, Deutschland sei von einer kriegsbereiten und kriegsgewillten, festgeschlossenen Koalition eingekreist, die nur darauf warte, die Zugbrücke niederzulassen und mit ihren Scharen die deutschen Gefilde zu überschwemmen. Und noch im März des vergangenen Jahres klopfte der Krieg so laut und geläufig an die Tore der uns verbündeten habsburgischen Monarchie, daß seine Zurückweisung unmöglich schien. In dieser kritischen Lage war es Se. Majestät der Kaiser und Königin, der laut und vernünftig das entschlossene Wort sprach: Hinter Oesterreich steht die gesamte Macht des Deutschen Reiches.“

Dieses Wort war eine Tat, denn der böse Zauber war gebrochen, der Spieß verkehrt worden. Die Schreier wurden still und drüben hinter der Grenze wurden entschlossen die Gewehre zusammengelegt. Das Kaiserliche Wort hatte Deutschland und der Welt den Frieden erhalten. Dafür wollen wir heute Seiner Majestät in Ehrerbietung und Anerkennung danken. — Das zweite große Ereignis, das in dem vergangenen Lebensjahre Se. Majestät mit Sorge und Unruhe erfüllt hat, war der Kampf um die Reichsfinanzreform. Vordemher war es eine Reform geschaffen, die bei freier Sparsamkeit viel Geld gespart wird, der elenden Defizitwirtschaft im Reich ein Ende zu machen und die Reichsfinanzen zu heilen. Aber leider haben die langwierigen Beratungen und die Art der Reform eine tiefe Verunsicherung und Verwirrung nicht nur unter den Parteien des Reichstages, sondern auch, wie es scheint, in der Nation selbst erzeugt, und die gegenwärtigen Unfriedenswörter sind ein Zeichen.

Als ob es nichts Schöneres gäbe, als sich Vorwürfe zu machen, als ob die Politik keine höheren Ziele hätte, als um Vergangenes zu streiten! Wir Deutschen haben das Unglück gehabt, uns während Jahrhunderte untereinander zu töten und mit Hilfe der Fremden unsere Streitigkeiten blutig auszutragen. Währenddem teilten andere Völker sich in die Welt. Und jetzt werden von den inneren Streitigkeiten der staatsrechtlichen Parteien wieder diejenigen der Völkerverhältnisse, die schwebend absteht stehen und auf ihre Stunde warten. Wie sieht dieses Bild ab gegen das zu erst gezeichnete. Nun, meine Herren, heute sollte ein Tag der Einigung sein in dem Gedanken, daß alle wirtschaftlichen und politischen Bestrebungen, mit Ausnahme der des Umsturzes, nur gedeihen können auf Grund der Wertschätzung des Reiches mit dem Kaiser an der Spitze. Die Stellung von Kaiser und Reich muß aber gesichert werden, wenn die bürgerlichen Parteien in einem Kampfe liegen, der zwar nicht mörderisch ist, aber dauernd die Geister und Herzen entzweit, die trennt, anstatt im Ziel zu einigen. Möchten doch heute an unseres Königs Geburtstag, der nicht nur in Preußen, sondern im ganzen Reich gefeiert wird, alle diejenigen, die erhalten und aufbauen wollen, im Hinblick auf die in großer Zeit so schwer erworbenen idealen Güter zu dem Entschluß kommen, den Streit um Vergangenes zu beenden und in gemeinsamer Arbeit die Zukunft zu sichern, Kaiser und Reich zu fördern. Nicht würdiger können wir den Tag beachten, kein schöneres Geburtstagsgeschenk dem Kaiser, unsern geliebten König, darbringen.“

Diese trefflichen und beherzigenswerten Worte sollten in allen wahrhaft nationalgesinnten Kreisen Zustimmung und Beifall finden. Den Liberalen sollten allerdings diese Worte nicht und sie sind auf einmal der Ansicht, daß ein General nicht reden sollte. Ja, aber wie ist es denn in der Wahlbewegung, wo man Generale, Admirale, Oberste u. als Wortführer gegen das Centrum willkommen heißt?

* Eine bedenkliche Erscheinung ist es, daß die unruhigen Elemente der Sozialdemokratie jetzt mächtig emporkommen und gelegentlich der preussischen Wahlrechtskampagne die Agitation auf die Gasse verlegen wollen. Das süddeutsche Parteiorgan, die „Münch. Post“ reklamiert in Nr. 32 sehr energisch unter den bekannten dröhnenden Schreien „Kriegs-Bahn auf der Straße“ und droht gegenüber dem Einschreiten der Polizei, das preussische Volk verachte solche Polizeimittel, es sei aber nicht so feig, sich vor ihnen ins Ausmaß zu verlegen.“ In Halle fand nach der „Deutsches Tageszeitung“ Nr. 64 in einer sozialistischen Versammlung eine Resolution Annahme in der es hieß:

„Die Versammelten erklären den Zeitpunkt für gekommen, durch Zusammenfassung und Anwendung der gesamten proletarischen Kräfte, auch des politischen Demonstrationstreifs, das gleiche Wahlrecht zu erobern. Die Versammelten sind sich des Ernstes der Stunde bewußt, sie sind bereit, alle der Größe des Kampfes entsprechenden Opfer auf sich zu nehmen.“

Sie erwarten von der Landeskommission der Sozialdemokratie Preußens das den Kampf entseffende befreiende Lösungswort.“

Man will also die armen Leute, die sich der Tragweite ihrer Handlung gar nicht bewußt sind, einfach auf die Straße hegen um so zwar kindische, aber doch tieftraurige Vorspiele der Revolution zu veranstalten. Wird das nicht auch den National-Liberalen, die jetzt so bündnis-lustig sind, zu denken geben?

* Windthorst über das öffentliche und geheime Wahlrecht. Bekanntlich hatte der vereidigte Centrumsführer Windthorst bereits den Antrag auf Abänderung des preussischen Landtagswahlrechts gestellt und in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. November 1873 begründet. Höchst interessant sind seine Ausführungen über die Öffentlichkeit des Wahlrechts. Er sagte:

„Ich bekenne, daß ich in dieser Hinsicht meine Ansicht haben ändern müssen. Ich habe in früherer Zeit geglaubt, die öffentliche Stimmabgabe sei die richtige, sie sei am besten geeignet, das Volk politisch zu erziehen und feste öffentliche Charaktere zu schaffen. Aber, nachdem ich in den preussischen Staatsverband getreten bin, und namentlich die hier befolgten Wahlmethoden gesehen habe, da sage ich, es geht nicht mit der öffentlichen Abstimmung. Wenn ich beobachte, umfange und ruhig, in welcher Art die königliche Staatsregierung in diesem Jahre auf die Wahlen Einfluß geübt hat (Hört! Hört!), wenn ich sehe, in welcher Weise dies gleichmäßig von einem Teile der großen Grundbesitzer, insbesondere schließlichen Magnaten geschieht, und in jedem Wahlkreis die Verhältnisse selbst ständlicher Art, und in würdiger Nachahmung von vielen Fabrikanten in den Städten, dann muß ich sagen, es heißt der menschlichen Natur zu viel zugemutet, gegen einen solchen Terrorismus standzuhalten. — Ich selbst bin Zeuge gewesen, wie die ganze Staatsbeamtenschaft, vom Präsidenten herab bis zum Gerichtsboten, wie ein Mann stimmte. Als der eine und der andere mein Ersuchen darüber sah, hörte ich: Sie wundern sich, aber wir konnten nicht anders. (Hört! Unruhe.) Die Leute waren zwei bis dreimal aufgerufen, mit den National-Liberalen zu stimmen. Dieses muß ein Ende haben, wir müssen den Leuten die Möglichkeit geben, nach freier Überzeugung zu stimmen, ohne ihre Grillsen aufs Spiel zu setzen. (Bravo!) (S. Neben Bd. 2 S. 20.)

zu nehmen. Sie erwarten von der Landeskommission der Sozialdemokratie Preußens das den Kampf entseffende befreiende Lösungswort.“

Man will also die armen Leute, die sich der Tragweite ihrer Handlung gar nicht bewußt sind, einfach auf die Straße hegen um so zwar kindische, aber doch tieftraurige Vorspiele der Revolution zu veranstalten. Wird das nicht auch den National-Liberalen, die jetzt so bündnis-lustig sind, zu denken geben?

* Windthorst über das öffentliche und geheime Wahlrecht. Bekanntlich hatte der vereidigte Centrumsführer Windthorst bereits den Antrag auf Abänderung des preussischen Landtagswahlrechts gestellt und in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. November 1873 begründet. Höchst interessant sind seine Ausführungen über die Öffentlichkeit des Wahlrechts. Er sagte:

„Ich bekenne, daß ich in dieser Hinsicht meine Ansicht haben ändern müssen. Ich habe in früherer Zeit geglaubt, die öffentliche Stimmabgabe sei die richtige, sie sei am besten geeignet, das Volk politisch zu erziehen und feste öffentliche Charaktere zu schaffen. Aber, nachdem ich in den preussischen Staatsverband getreten bin, und namentlich die hier befolgten Wahlmethoden gesehen habe, da sage ich, es geht nicht mit der öffentlichen Abstimmung. Wenn ich beobachte, umfange und ruhig, in welcher Art die königliche Staatsregierung in diesem Jahre auf die Wahlen Einfluß geübt hat (Hört! Hört!), wenn ich sehe, in welcher Weise dies gleichmäßig von einem Teile der großen Grundbesitzer, insbesondere schließlichen Magnaten geschieht, und in jedem Wahlkreis die Verhältnisse selbst ständlicher Art, und in würdiger Nachahmung von vielen Fabrikanten in den Städten, dann muß ich sagen, es heißt der menschlichen Natur zu viel zugemutet, gegen einen solchen Terrorismus standzuhalten. — Ich selbst bin Zeuge gewesen, wie die ganze Staatsbeamtenschaft, vom Präsidenten herab bis zum Gerichtsboten, wie ein Mann stimmte. Als der eine und der andere mein Ersuchen darüber sah, hörte ich: Sie wundern sich, aber wir konnten nicht anders. (Hört! Unruhe.) Die Leute waren zwei bis dreimal aufgerufen, mit den National-Liberalen zu stimmen. Dieses muß ein Ende haben, wir müssen den Leuten die Möglichkeit geben, nach freier Überzeugung zu stimmen, ohne ihre Grillsen aufs Spiel zu setzen. (Bravo!) (S. Neben Bd. 2 S. 20.)

Als der eine und der andere mein Ersuchen darüber sah, hörte ich: Sie wundern sich, aber wir konnten nicht anders. (Hört! Unruhe.) Die Leute waren zwei bis dreimal aufgerufen, mit den National-Liberalen zu stimmen. Dieses muß ein Ende haben, wir müssen den Leuten die Möglichkeit geben, nach freier Überzeugung zu stimmen, ohne ihre Grillsen aufs Spiel zu setzen. (Bravo!) (S. Neben Bd. 2 S. 20.)

Als der eine und der andere mein Ersuchen darüber sah, hörte ich: Sie wundern sich, aber wir konnten nicht anders. (Hört! Unruhe.) Die Leute waren zwei bis dreimal aufgerufen, mit den National-Liberalen zu stimmen. Dieses muß ein Ende haben, wir müssen den Leuten die Möglichkeit geben, nach freier Überzeugung zu stimmen, ohne ihre Grillsen aufs Spiel zu setzen. (Bravo!) (S. Neben Bd. 2 S. 20.)

Stadtverordneten-Sitzung.

(Eigener Bericht.)

Nr. 11. Februar.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurden von den 15 Positionen der Tagesordnung 8 in öffentlicher Sitzung beraten, die Feststellung des Haushaltsplanes für 1910, die Festlegung der Steuerumlage und das Abkommen mit der Rheinischen Bahngesellschaft bis Dienstag verlag, der Rest in geheimer Sitzung erledigt.

Veranlagung der Anlieger zu den Wegenunterhaltungskosten.

Beigeordneter Klein: Die Bau- und Finanzkommission habe beschlossen neun Firmen, deren Werte an ungepflasterten Straßen liegen, für besondere Mitbenutzung, nach dem Kommunalabgabengesetz von 1902 zu den Unterhaltungskosten heranzuziehen. Es handele sich um fünf Straßen und neun Anlieger. Die Feststellung des Wertes der betreffenden Firmen sei früher schon durch Zahlungen der Polizeibeamten an verschiedenen Tagen festgestellt worden; es sei aber zur Kontrolle nochmals im Frühjahr, Sommer und Herbst eine Zahlung an verschiedenen Tagen erfolgt. Das Ergebnis reiche nicht viel von dem ersten ab. Die Finanzkommission habe die Beiträge zu Wegenunterhaltungskosten im Gesamtbetrag von 2958 M. beschlossen. Es seien die Firmen S. Sels mit 284 und Reichhöfer u. Cie. mit 360 M. an der Hammerlandstraße, Simons' Söhne an der Hochstr. mit 100 M., ferner kommen in Betracht die Firmen Hasender, Kemppes, Höveler für den Greifatherweg, Gebrüder Jann und Albert Gustorf für den Glemmer Weg und Sels, Köhlerlandstraße.

Stadtverordneter Thymowissen: Es scheint doch ein Verstoß vorzuliegen, Höveler am Greifatherweg soll 748 M. bezahlen und die Jügelerei von Sels an der Hammerlandstraße, die 5 Millionen Steine mache, nur 264 M., das scheint nicht zu stimmen.

Beigeordneter Klein: Mathematisch genau werde sich das nicht feststellen lassen, es käme auf die Benutzung der Wege an.

Stadtverordneter Derstappen: Die Größe des Betriebes müsse doch maßgebend sein. Die Zahlungen allein ergäben kein richtiges Bild.

Beigeordneter Klein: Die Zahlungen haben in den Monaten Mai, Juni, August stattgefunden.

Stadtverordneter Derstappen: Früher sei es passiert, daß Kemppes, der für Höveler gefah-

ren habe, diese Zahlen mit angerechnet worden seien, später sei das allerdings richtig gestellt worden.

Stadtverordneter Biel: Er halte es auch für richtig, die Fabrikation der Rechnung zu Grunde zu legen.

Beigeordneter Klein: Die Feststellungen können ja jedes Jahr erneuert werden.

Beigeordneter Thymowissen: Die Feststellungen scheinen unrichtig zu sein. Der Rechnung müsse die Fabrikation und die Länge des Weges zu Grunde gelegt werden.

Stadtverordneter Brandt: Der größere Betrieb bedinge ja eine Mehrbenutzung der Straße. Vorstehender: Maßgebend sei mit der Länge des Weges bis zu den gepflasterten Straßen. Diese sei z. B. bei der Ringengasse von Sels kurz, bei Höveler sehr lang, die Unterschiede in den Beitragsleistungen zu der Unterhaltung der Wege erklären sich also daraus, ob der Fußweg zu einer gepflasterten Straße länger oder länger sei.

Stadtverordneter Thymowissen: Er könne dem nicht ganz zustimmen, die Steine, welche von Holzheim kamen, zahlte ja auch Barriergeld.

Vorstehender: Die benutzten die Jügelerei.

Stadtverordneter Thymowissen: Die Jügelerei sei ja hinter der Eisenbahn Provinzialstraße.

Vorstehender: Es komme bei der Berechnung darauf an, wie das Verkehrsverhältnis der herangezogenen Firmen zum allgemeinen Verkehr auf den betreffenden Wegen sich stelle, den Greifatherweg benutzen die herangezogenen Firmen fast allein, die Hammerlandstraße reise auch sonst viel Verkehr auf.

Stadtverordneter Derstappen: Die Fabrikation der Rechnung zu Grunde zu legen, scheint ihm doch richtig. Bei der einmaligen Zahlung könne doch leicht ein Verstoß passieren, er bitte deshalb heute nicht abzustimmen.

Stadtverordneter Biel: Die Fabrikation und die Länge des Weges müßten maßgebend sein.

Beigeordneter Klein: Die Fabrikation zu Grunde zu legen, sei wohl kaum gefastet.

Stadtverordneter Rechtsanwält Wichen: Die Wegenunterhaltungskosten nach der ganzen Fabrikation festzustellen könnte doch ein falsches Bild geben. Einzelne Firmen könnten auch andere Wege oder Anschließung zur Abhebung eines Teiles der Fabrikation benutzen. In Betracht könnte nur die Fabrikation kommen, welche den in Frage kommenden Weg benutzen muß.

Vorstehender: So habe Sels nach Wälfing Dahl u. Cie., ohne Wegebenutzung geliefert, ebenso nach der Radator-Compagny.

Beigeordneter Klein: Der Greifatherweg wurde von 28 Fußten von Höveler benutzt, wenn 20 andere Fußten in Frage kommen. Bei der Hammerlandstraße sei das Verhältnis infolge des durchgehenden Fußverkehrs ganz anders.

Stadtverordneter Lönnes: Die Heranziehung der einzelnen Firmen scheint ihm etwas rätselhaft, dann könne man das einzelne Fußwerk beliebig auch bezahlen lassen und müsse überall Barrieren errichten.

Vorstehender: Die Heranziehung der Firmen zu Wegenunterhaltungskosten, welche die Wege besonders stark in Anspruch nehmen, beruhe auf Gerechtigkeit. Der Greifatherweg werde durch den Fußverkehr eines Wertes stark abgenutzt. Das Gesetz werde auch in anderen Städten so gehandhabt.

Stadtverordneter Leuchteberg: Die Firma Klein in Grimlinghausen habe für die Instandhaltung des Weges von Grimlinghausen bis Korfes Bahnhof 2000 Taler bezahlt, obwohl dieser Weg auch von anderen Fußwerkern benutzt wurde.

Stadtverordneter Lönnes: Solche Heranziehung sei gerechtfertigt, es sei aber schwer die richtige Grenze zu finden.

Stadtverordneter Derstappen: Es handele sich ja um ein Jahr.

Vorstehender: In der Commission seien alle Einzelheiten besprochen worden.

Stadtverordneter Janssen: Für das nächste Jahr werde es sich empfehlen, monatlich einmal die Zahl der Fußwerke feststellen zu lassen.

Stadtverordneter Thymowissen: Er werde sich der Abstimmung enthalten.

Der Antrag der Verwaltung auf Veranlagung der genannten Firmen zu den Wegenunterhaltungskosten wird wie vorgeschlagen angenommen.

Festlegung einer Straßenbaukostenobergrenze für die Hammerlandstraße.

Vorstehender: Für die Hammerlandstraße schlage er 200 M. pro laufenden Meter Straßenbaukostenobergrenze vor.

Stadtverordneter Tosetti findet den Betrag etwas hoch.

Vorstehender: Die Straße werde durch die Aufschüttung teuer, auch solle sie auf der hochgelegenen Strecke eine 10 Meter breite Fahrbahn erhalten. Die endgültige Abrechnung werde später erfolgen. Die Front gehöre der Stadt, welche die Baukosten nach dem Verlauf ausstellen werde.

Der Antrag wird genehmigt.

Festlegung einer Anerkennungsgeldhöhe.

Vorstehender: Für einen Ausstellfahnen von Marfan sollen 10 M. Anerkennungsgeld erhoben werden.

Das Collegium ist damit einverstanden.

Errichtung eines Aufenthaltsraumes für das Ringbahnpersonal am Rheintor.

Vorstehender: Ein Aufenthaltsort für das Ringbahnpersonal habe sich als nötig erwiesen, ferner ein Raum für die Gerätschaften der Ringbahn und eine Abortanlage am Rheintor für das Ringbahnpersonal, da die Aborte am Rheintor zu weit entfernt lägen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 1000 Mark.

Die Anlagen werden bewilligt.

Bebauungsplan für die Marienstraße.

Vorstehender: Er habe schon früher gesagt, daß die Stadt möglichst bald zu einem Ausbau der Marienstraße zu kommen müde. Die Hochlinie müsse vorher festgelegt werden, er schlage sie auf 12 Meter Breite vor. Vorausgesetzt, daß die Interessenten für den Ausbau der Straße genug Interesse zeigen werden, sei zu hoffen, daß bald mit der Ausbau der Straße vorgegangen werden könne.

Das Collegium ist mit der Hochlinienfestlegung einverstanden.

Enteignung von Terrain zum Ausbau der verlängerten Kaiser-Friedrichstraße.

Vorstehender: Wegen des Ausbaus der Kaiser-Friedrichstraße sei zwischen der Stadt und allen übrigen Interessenten eine Einigung getroffen worden, bis auf Herrn Justizrat Gremer, der für Abtretung eines in die Straße fallenden Terrainstreifens ganz unannehmbar Bedingungen stelle. Die Finanz- und Baukommission beantrage deshalb für den Streifen das Enteignungsverfahren einzuleiten.

Stadtverordneter Brandt: Er habe gehört, daß Herr Justizrat Gremer in der Angelegenheit noch einen Brief an den Herrn Stadtbaumeister geschrieben habe. Er bitte den zu verlesen.

Stadtbaumeister Sittel: Er habe im Anschluß an die Sitzung der Commission nochmals eine gütliche Einigung mit Herrn Justizrat Gremer angeregt. In einem Schreiben an ihn, machte Herr Justizrat Gremer den Vorschlag, die Grundstücke zusammen zu legen, dann betame jeder, was ihm automme.

Vorstehender: Das sei nicht möglich, ein Zusammenlegungsverfahren dauere Jahre lang, so lange könne man nicht warten, für die Kaiser-Friedrichstraße lägen schon Baugesuche vor. Mit allen übrigen Adjacenten sei die Stadt einig. Er müsse betonen, daß Herr Justizrat Gremer das vielfache von dem verlange, wofür die Arbeiterwohnungsbaugesellschaft an der Kaiser-Friedrichstraße Terrains verlaufe. Wenn eine Einigung ohne Enteignung möglich werde, könne man sie ja machen.

Stadtverordneter Brandt: Herr Justizrat Gremer glaube, er werde bei der verlangten Regelung großen Schaden haben, da er das meiste Terrain abgeben müsse. Herr Justizrat Gremer halte am Eingang der Straße hinter der Unterführung einen schönen freien Platz für richtig.

Vorstehender: Es handele sich um 85 Quadratmeter an der Kaiser-Friedrichstraße, es sei dort ein kleines Dreieck.

Stadtverordneter Tosetti: Man könne doch versuchen, das Enteignungsverfahren zu vermeiden, das nehme auch lange Zeit in Anspruch.

Vorstehender: Was zur Weiterverfolgung nicht.

Stadtverordneter Brandt: Die Zusammenkunft der Interessenten sei auf einen Mittwoch anberaumt gewesen, an welchem Tage Herr Justizrat Gremer verhindert gewesen sei.

Stadtbaumeister Sittel: Fünf Minuten vor der angesetzten Stunde habe Herr Justizrat Gremer seine Verbindung mitgeteilt. Herr Direktor Wingenfelder und Herr S. Thymowissen seien anwesend gewesen. Diese Herren seien auch sehr beschäftigt. Eine Zusammenlegung werde nicht möglich sein.

Vorstehender: Das übrige Straßenterrain habe die Stadt allein gegeben, nur die 85 Quadratmeter von Herrn Justizrat Gremer seien für die Straße noch nötig. Eine Zusammenlegung sei für die Kaiser-Friedrichstraße ausgeschlossen. Das könne vielleicht für die anderen Straßen gemacht werden.

Stadtverordneter Brandt: Vielleicht ließe sich das in einem machen.

Vorstehender: Mit der Hinausschiebung des Ausbaus der Kaiser-Friedrichstraße würde die Stadt andere Bürger schädigen. Für die abzutretenden 85 Quadratmeter verlange Herr Justizrat Gremer das zehnfache von dem, was die Baugesellschaft dort bezahle.

Stadtverordneter Tosetti fragt, ob ein Versuch wegen des Zusammenlegungsverfahrens denn nicht möglich sei.

Vorstehender: Für die Kaiser-Friedrichstraße habe das keinen Sinn.

Stadtverordneter Brandt: Er bitte noch einmal mündlich mit Herrn Justizrat Gremer zu

bach, mit Holz von
h, mit Baumwoll
B. d. Beers, mit
ally, mit Gel von
ac 1910:
ermann, mit Rumpfe

zu Neuf
m. pl.
22 20
21 20
16 20
15 20
14 50
14 50
7,30-8,00
5,50-6,00
22 22
24 -
2 60
11 -

her Müller.
m. pl.
(ohne Fuß) 57 50
59 50
106 -
110 -
6 20

iehmart.
e nicht eingelang
50 Rito Eben
21% Data - die
für die 50 Rito
er Markt 70-72
einte Markt (Pell-
20-93), c. Mit re
24-88), d. Geringe
00-60 (60 72),
jüngere Marktham-
nhammel und gut
e Mähle genähete
0-78-82), d)
0-70 (70-75).

ung. 2.- Mr.
richte über farnes
von Hohenmiltz

beiter
hren für sofort

Horbiath,
ernstraße 45.

en verheirateten
en liebten mit
einen Mann. Wah-
erentand am Ende
unter Einwirkung der
eunförmigkeit

on Mer,
b. Weelinghoven

Zeit Arbeiter in
20 Jahren gefügt.
einsamdrucker

der Schule entl.

unge
e. geucht.
die Exped.

craves, kräftiges
mädchen

erickaltlichen Daus-
Hausarbeiten zum
geucht.

er Anzeige betr.
mädchen

sehr zufrieden,
e gleich von
geleitet war.

in Oesterath.
nliche Zeugnisse
die Zugkraft einer
in der Neuss-
licher Zeitung.

maschinen!
richtester
terwerb

gratis. Bequeme
erlad Nachf.
Mittels, Dären.

Preussischer Landtag.

Stimmungsbild aus dem Abgeordnetenhaus.
von Berlin, 10. Februar.

In großen Lettern, als wolle er die angeblich in der Sozialdemokratie herrschende Erregung widerspiegeln, kündigte der „Vorwärts“ heute in einer Kundgebung der preussischen Parteiregierung große Versammlungen an und forderte dabei auf, dafür zu sorgen, daß diese Versammlungen zu wichtigen „Demonstrationen“ würden. Die Parole „Demonstration“ war damit ausgegeben, und die „Deutsche Tageszeitung“ glaubte denn auch schon, die Polizei auffordern zu müssen, daß sie „die Freiheit der Straßen wahre“. Man nahm aber, daß sich die Straßendemonstrationen vom Januar 1908 wiederholen würden. Aber es war nichts. Wohl fanden in der Zeit vor Beginn der heutigen großen Sitzung in den benachbarten Straßen ungewöhnlich viel Schaulustige, aber die Massen fehlten. In der Prinz-Albrechtstraße selber, vor dem Hause, waren nur einige wenige Neugierige, die sich lebhaft wunderten, daß nichts los sei. Als der Wagen des Reichstanzlers heran kam, gab es zwar vereinzelte Hochrufe mit spöttischen Durchrufen, aber darüber hinaus erregte höchstens das große Plakat „Tribünenarten vergreifen“ einige Aufmerksamkeit. Die Tribünen waren denn auch lange vor Beginn der Sitzung dicht besetzt. Aber auch das Haus ist nicht unter schlechtem Besuch; so manches Gesicht, das man sonst so gut wie nie sieht, tauchte da auf und mancher Schandebund unter Kollegen wurde gewechselt, der vielleicht seit Jahren nicht mehr vorgekommen war. Aus einem derartig guten Besuch ergibt sich immer soviel peinliche Mühe und lebhafteste Spannung. Aber Haus und Tribünen mußten sich noch etwas gedulden. Der konservative Major v. Stroffer hatte neulich die Angelegenheit der ehemaligen Frau v. Schönebeck, die der Beihilfe zum Gattenmord angeklagt ist, zur Sprache gebracht. Darauf hat es eine Auseinandersetzung zwischen ihm und dem neuen Mann dieser Frau, einem Kabarettist, gegeben, und nunmehr ließ heute Herr Stroffer unter lebhafter Unterstützung des Hauses über diese gleichgültige Sache eine lange Erklärung vom Stuhl. Dann kam der große Augenblick, wo Präsident Dr. Borch mit der Klänge des Hais für den Tag verschaffte: „Wir treten in die 1. Sitzung der Wahlrechtsfrage ein; das Wort hat der Herr Reichstanzler“; und da geschah etwas Unerwartetes, das Unerwartete, und wenn man vom Standpunkt der politischen Wirkung aus dazu forscht: Eindeutiges, Unglaubliches. Von der äußersten Linken, ganz hinten in der Ecke, unter der Journalistentribüne, wo die Genossen sitzen, erhob sich zum Reichstanzler hin der kläglichste Ruf „Mit Recht!“. Präsident Borch mit seiner gewaltigen Stimme hatte auch bei kräftiger Anwendung der Glocke Wille, diese Störung und die Gegenüberstellung von der Rechten an unterdrücken. Schließlich aber gelang's: die Genossen saßen ordentlich da, daß sie sich nur lächelnd machen würden. Und dann sprach Herr Reichstanzler. Der Mann, der man einstens wegen seiner Zurückhaltung sehr pathetischen Programms den „Bauderer“, den „Programmlöser“ genannt hat, der hat ausdauernd über Nacht den Charakter eines Bismarcks angenommen. Genau so entschlossen, als sprächen seine Taten in Rastow, in Straßburg, lang es, als er davon warnte, seine sachliche Rede als „Waglichkeit und Unentschlossenheit“ zu bezeichnen. Gut präpariert hatte er jedenfalls. Borch hat er den einzelnen Parteien zu bedenken, daß sie alle nichts von einer wirklichen Reform zu gewinnen hätten, daß allein die Sozialdemokratie profitierte, daß insbesondere der „Berechtigte und wirtschaftswerte Einfluß des Bürgertums auf das öffentliche Leben“ — das betonte er unter verlegenerm Lächeln — also geschmeichelt werden könnten — verloren gehen würde. Einen großen Teil seiner Rede verarbeitete er auf den Nachweis, daß aus dem Reichstags-Parlament eine parlamentarische Beteiligung hervorgegangen ist, die in sozialer und politischer Beziehung nicht mehr Mißstände aufweise, nicht mehr Anzeichen der Sozialdemokratie finde, als die Tätigkeit des Reichstages. Erst bei der Beschreibung der Beamtenverhältnisse gab's von der Rechten wieder kräftige Sprünge der Sozialdemokraten, und als er die Landräte verteidigte und insbesondere erklärte, wenn ein Mißbrauch der Beamtenmacht statthabe, dann mißbilligte er es, da gab es kläglichste Seitenteile bei den Sozialdemokraten, die der Kanzler jedoch geschickt abwehrte. In der Form einer humoristisch ausgestalteten Polemik gegen die verlogene Stimmungsüberheißerung der Sensationspresse über die Parlamentsberatungen hielt er dem Hause mit erhobener Stimme die Frage vor, ob nicht schon die Zeit gekommen sei, da die Parlamente nicht mehr das Zentrum der Politik seien, ob nicht hinter dieser Wahlrechtsfrage der Glaube stehe, daß eine derartige Reform eine durchgreifende Beteiligung aller Schichten bringe und die Sozialdemokratie aufheben stellen werde. Von diesem Boden aus verteidigte er dann die Einzelheiten seiner Vorlage: Die öffentliche Wahl sei ein bedeutsames Prinzip des bestehenden Rechts, das die Einwirkung vorübergehender Bestimmungen abwehren solle. Dabei gab's wiederum bei den Sozialdemokraten Zwischenrufe, in denen Borch einen Ordnungsruf bekam. Unter starren ostentativen Befehl der Rechten und Jischen der Sozialdemokraten schloß der Reichstanzler seine mehr als einseitige Rede, worauf der Minister des Innern unter totaler Unaufmerksamkeit des Hauses noch eine weitere Erklärung der Vorlage folgen ließ.

Dem Reichstanzler folgend suchte auch der erste Redner der Parteien, Herr v. Richter, namens der Konservativen die Debatte über die normalen Wahlrechtsansprüche hinaus zu ziehen. Er gab in seiner klaren Umschreibung bekannt, was man schon wußte, daß die Konservativen mit sich werden handeln lassen, und warf sich dann auf das Gebiet einer tiefgründigen Polemik gegen die Freunde des Reichstagswahlrechtes. Besonders Andeutungen vermaßte er damit freilich nicht zu erweisen. Seine Bemerkungen, die neuere Wissenschaft lehre, daß man das Wahlrecht nicht vom Naturrecht ableiten könne, merete sogar seine konservativen Freunde etwas sehr weit hergeholt und fremdartig an.

Daher erkomm der alte Idealist des Freilins, Herr Kräger, die höchste Höhe idealer Formen. Was er in seinem langen Leben an Gedanken und Empfindungen über ein fortschrittliches Wahlrecht gehabt hat, das trug er jetzt mit der ganzen Macht seiner abschweifenden Erzählung vor. Aber mit 88 Jahren soll man keine großen Reden mehr wagen! Er konnte denn auch nicht recht durchgreifen und verschwand schneller in der Versenkung, als man es sonst bei ihm gewohnt war.

Den Schluß bildete heute Herr Schiffer, der national-liberale „Diplomat“. Er fand sehr, sehr kräftige Worte, besonders auch zur allgemeinen Wahl. Die Frage ist nur, wie seine Partei seine Worte rechtfertigen wird. Morgen spricht Abg. D. Goldberg (Str.) an erster Stelle.

Sitzungsbericht aus dem Abgeordnetenhaus.

von Berlin, 10. Februar.
Die Debatte über die Einführung des öffentlichen Wahlrechts wird der Budgetkommission überwiefen.

Auf der heutigen Tagesordnung steht die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Als der Präsident den Ministerpräsidenten das Wort erteilte, zitierte der Sozialdemokratische Volksvertreter, was mit kläglichem Ruf: „Haus!“ beantwortet wird. Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg: Die Regierung hat den Entwurf eingebracht seiner Partei zu Liebe, seiner zu Liebe. (Gelächter links.) Die Sucht nach Popularität wird keinen Schritt der Regierung beeinflussen. Das sage ich auch denen, die hinter meinem Rücken, sichtlich vorangehen, Neugierigkeit und Schwäche sehen. Es ist gesagt worden, die Regierung habe eine Verringerung des Wahlrechts nicht für nötig gehalten, sie sei nur durch die Forderung nach geordneten Wahlen, das ist nicht der Fall. Der äußerste Linken hat nur ein Wahlrecht zu, das die Sozialdemokratie auf dem Wege zur Unterminierung des monarchistischen Staates vorantreibt. (Abg. v. Borchmann: Auf dem Wege zur Vernunft! (Lärm rechts.) Die Sozialdemokratie läßt sich nur von ihrem Hunger nach Macht leiten, von dem nackten Willen zur Macht. (Lärm b. d. Soz. Rechten: Haus, raus! Dr. Borch bittet um Ruhe und behauptet, daß ihm kein Mittel zur Verfügung stehe, diesem Verhalten der Sozialdemokratie Einhalt zu tun.) Der Ministerpräsident geht nun auf die Wirkung der Wahlreform auf die einzelnen bürgerlichen Parteien ein. Das Centrum wird kaum an Eiben verlieren, gleichgültig, ob nach dem Reichstagswahlrecht oder nach dem Dreiklassenwahlrecht reformiert wird. Und der Freisinn — kein Mensch wird den Herren vorwerfen, daß hinter ihren Wünschen eigenmächtige Bestrebungen stehen. Heute verhandelt von all den Herren, die die freisinnige Vereinfachung ausmachen, nur ein einziger seinen Sitz einer Majorität an in der dritten Wahlrechtsfrage. In dem Namen um die Freiheit der Wahlen werden Sie (zu den Freisinnigen) hinter der Sozialdemokratie immer um mehrere Pferdeköpfe zurückbleiben. (Zustimmung rechts.) Verlassen Sie aber erst einmal diese Position, dann büssen Sie Ihre Selbstständigkeit und damit die Bedeutung ein, die eine Fortschrittspartei für das politische und staatliche Leben hat. (Lärm links.) Nachher Erbe wäre ein ritter. (Sehr richtig! rechts.) Sie halten mit dem Centrum um theoretischer Fähigkeit an einer überkommenen Forderung fest, unheimlich in alle Gesammungen, welche mit dem gleichen Wahlrecht gemacht worden sind und gemacht werden, unheimlich um die gewaltige Verkleinerung der staatlichen Verhältnisse, die dadurch eingetreten ist, daß die Kompetenzen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten geteilt worden sind. Auch in den Kreisen des gemäßigten Liberalismus, der für Preußen das Reichstagswahlrecht vertritt und der im Prinzip an einem abgestuften Wahlrecht festhält, ist die Bewegung, welche eine Reform des bestehenden Wahlrechts verlangt, keine ebenso lebhaft. Ich habe es für falsch, diese Bewegung aus großen Teil auf Stimmungen zurückzuführen. Kein Unbefangener sollte leugnen, daß die Wahlrechtsfrage auch für den gemäßigten Liberalismus zu einer sehr ersten Frage geworden ist. Mir scheint vielmehr, daß die Wahlrechtsfrage allmählich die Formel geworden ist, in der alles, was an politischer Unzufriedenheit und politischer Mißgunstung besteht, möge es mit dem Wahlrecht zusammenhängen oder nicht, zusammengefaßt ist. (Sehr richtig! rechts. Zurufe b. d. Soz.: Mit Recht!) Und dann wird auch die aktuelle Reform als der Punkt hingestellt, um den sich alles dreht. Darüber kann man nicht hinwegkommen, auch wenn man unbedenken die Schlagworte hinunter, in denen ich diese Stimmung ausdrückt: Reaktion, Bureaucratismus, Polizeiregiment, agrarischer Feudalismus, Anterum sind ungefähr die Dinge, die mit der Reform des Wahlrechts beseitigt werden sollen. (Sehr richtig! links.) In ruhiger Diskussion wird wohl auf vielen Seiten ausgegeben werden, daß darin handgreifliche Uebertreibungen liegen, aber man verlangt die Modernisierung eines verblüffend auf übermäßig agrarische, zum Teil angeblich auch auf feudale Zustände zurückzuführenden Wahlsystems, das fast ausschließlich dem Bürgertum gehört, das jetzt aber veraltet ist. Zeit und Platz für alle, das ist der Grundton der Bewegung. Weil man diese Forderungen mit der Reform des Wahlrechts identifiziert, darum greift die Wahlrechtsfrage so tief. Nun kommt dazu noch ein anderes. Wir haben gesehen in England sich einen Wahlkampf mit beispielloser Leidenschaft und scharfen Waffen abspielen lassen. Das ist im Wahlkampf an sich nicht wunderbar, aber eine hundertjährige politische Kultur und Erziehung, die sich der Qualen, politische, soziale, gar religiöse Gewalttätigkeiten, das verdrängte und soziale Gebiet zu übertragen. Der Engländer schämt den Engländer nicht danach ein, ob er politisch oder religiös ebenso heutzutage wie er. Bei uns sind wir noch nicht so weit. Nun gibt es beim Dreiklassenwahlrecht Dinge, die als Mißstände empfunden werden und Mißstände sind und man erwartet von einer rationalen Reform dieses Wahlrechts den Wandel aller Dinge. Da ist es zunächst unrichtig, daß das preussische Wahlsystem auf a. a. r. l. i. c. h. und f. e. p. a. l. e. Verhältnisse zu gegründet ist. (Sehr richtig! links.) Das Wahlsystem ist von national-liberalen zu konservativen Majoritäten gekommen. Es ist so sehr eingeordnet, Preußen als das Land der hintersten Reaktion hinzugefallen. (Lärm b. d. Soz. und Zurufe: Das ist die Wahrheit! Widerspruch rechts.) Ich freue mich schon im Voraus auf die Kritik, die mir von denen zu Teil werden wird, von denen diese Behauptung aufgestellt wird. Ich fürchte sie aber nicht. Nicht um einen Vorgesetzten aus die preussischen Zustände anzukommen, das wäre genug so abgemacht, wie das Kaiser von Schimpf und Schande, das Wahlsystem ist einseitig, abgemacht und unwidrig ist. (Sehr richtig! rechts. Gelächter links.) Was behauptet man nicht alles, um zu zeigen, daß jedes preussische Gesetz, das mit Ihrer Hilfe und Zustimmung gemacht worden ist, einen einseitigen, rückwärtigen, reaktionären Charakter hat, den man als Signatur eines Wahlsystems bezeichnet. Die preussischen Finanzen stehen, wenn man in großen Zügen blickt, auf den Einnahmen aus den staatlichen Betriebsverwaltungen und aus den staatlichen Steuern. Kein Mensch kann den preussischen Einkommensteuer und Vermögenssteuer vorwerfen, daß sie die Weichen zu Ungunsten der Armen bevorzugen. Sehr demokratisch regierte Länder können seit Jahren, aber vergeblich, um eine solche Steuerreform. Ich wüßte nicht, daß die Verfassung der Einkommensteuer unsozial wäre. Die Art und Weise, wie wir die Einkommensteuer regeln, wie wir in der Einkommensteuerverwaltung a. B. nichtunbedeutende Aufwendungen machen, die Anwendungen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der minderbemittelten Beamten und Arbeiter — das wäre genug so abgemacht, wie das Kaiser von Schimpf und Schande, das Wahlsystem ist einseitig, abgemacht und unwidrig ist. (Sehr richtig! rechts.) Natürlich, die Sozialdemokratie verurteilt sehr viel mehr. (Zurufe der Soz.: Koalitionsrecht!) Aber viele sehr gut gestellte Privatbetriebe sind gar nicht in der Lage, den Arbeitern die gleiche Lebenshaltung zu gewährleisten, wie die staatlichen. (Sehr richtig! rechts.) Ich muß noch den Ausbau der Selbstverwaltung anführen. (Zurufe links: Wo gibt es denn noch Selbstverwaltung?) Leiden unserer Gesehung in den letzten 70 Jahren ist es gewesen, einen immer und immer größer werdenden Anhang, welche bis dahin ganz staatsfremd vom Staate erfüllt werden, auf die kommunalverwaltungen zu übertragen. (Sehr richtig! rechts.) Eine solche Gesehung aber, die diesen Gedanken verleiht, die damit nur ausgebaut hat, wozu Stein und Gärten, berg den Grund legen, kann man nicht reaktionär nennen. Nun zum Artikel Polizeigewalt! Ich kenne keine Gesehung, die wie die preussische in so minutiöser Weise den Rechtsstaat auszubilden versucht (Lärm links) und jede Polizeigewalt so mit dem Schwabe von Garantien

umgibt. Ich glaube ja nicht, daß der gemäßigte Liberalismus, der preussische Gesehung in so rückwärtig hält. Ich glaube auch nicht, daß der gemäßigte Liberalismus der konservativen Partei in ganzen absolut rückwärtige Tendenzen auspricht. Was die Herren meinen, das ist, daß die Regierung in der Verwaltung und in der Anwendung der Gesehe die Konservativen einseitig bevorzugen, (Lebhaftes Sehr richtig! links) und daß sie das tue aber nur mühe, unter dem Druck der mit dem Dreiklassenwahlrecht übermächtig gewordenen konservativen Partei. (Sehr richtig! links.) Darum soll also das Wahlrecht geändert werden! Ich habe diese Dinge darüber zu hören bekommen, daß ich im Reichstage gesagt habe, wir könnten in Deutschland keine Parteiregierung haben. Wiberlegt hat mich niemand und kann auch niemand. Preußen läßt sich nicht in das Fahrwasser des Parlamentarismus verschleppen, so lange die Macht seines Königtums ungebrochen ist. (Beifall rechts.) An der Macht dieses Königtums, dessen stolze Tradition es ist, ein Königstum für alle zu sein, wird nicht gerührt werden. (Beifall rechts.) Auch die konservativen Partei will und muß ihre Unabhängigkeit und ihre Selbstständigkeit gegen die Regierung wahren! (Lärm und Rufe links: Umgekehrt!) Je mehr Sie (zu den Konservativen) Ihre Stärke allein auf die eigene Kraft und die Ueberzeugung Ihrer Angehörigen begründen, um so besser wird es nicht nur für die Regierung und den Staat, sondern auch für Sie selbst sein, eine um so stärkere Stütze Preußens werden Sie damit werden. (Beifall rechts.) Aber dieselbe Unabhängigkeit, auch der Regierung werde ich Ihnen gegenüber wahren. (Lärm links.) Ich habe in diesem Zusammenhang ausdrücklich und abfällig die Beamtenverhältnisse berührt. Sie von der liberalen Seite behaupten vielfach, daß die politischen Beamten und in Sonderheit die Landräte nicht nur die Konservativen unterstützen, daß der Beamtenstand ganz und gar konservativ ist, sondern daß sie auch eine freie Wahlentscheidung verhindern. (Erneute sehr richtig! links.) Der Beamte ist ein Diener des Staates! (Zuruf bei den Liberalen: Sollte er sein!) Zurufe b. d. Soz.: Ein Diener der Junker. Unruhe rechts.) Der Beamte ist ein Diener des Staates und nicht Diener einer Partei. (Stimmlicher Wiberbruch links, vielache Zurufe: So sollte es sein!) Wenn sich aber die politischen Beamten — und Gott sei Dank ist das nicht der Fall — dazu auszuweisen sollten, daß der Beamte keine Macht politisch mitzubringen so kann das für den Staat nur verhängnisvoll sein. (Sehr richtig! b. d. Liberalen.) Wo ein solcher Mißbrauch statthabe sollte, mißbillige ich sehr auf das entschiedenste. (Lärm links.) Wachen Sie nicht immer. Wenn Sie nichts Besseres dagegen einzubringen haben, dann schweigen Sie lieber. (Lärm links, Zustimmung rechts.) Lassen Sie doch neben dem Einseitigen, die in den meisten Fällen noch dazu falsch und aufgeschauelt ihren Weg durch die Gesehe nehmen, die Tatsache nicht aus dem Auge, daß auch unsere Gesehe für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Großes geleistet haben. Der Geist eines Beamtentums wie das preussische ist nicht rückwärtig, nicht zufällig. Er ist erwachsen und geworden mit der Geschichte, mit der Entwicklung des Staates, bei der, was man heute so gern vergißt, das Beamtentum wirklich keine unwürdige Rolle gespielt hat. Aber die politische Toleranz der Beamten ist heute da und soll erhalten bleiben. Selbst der Drama nach religiösem Leben, dieser Vorüberdauer unseres Volksebens, hat zu der Förderung nach Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts beigetragen. Ich gehöre nicht zu denen, die in einer Demokratisierung des Staates das große Heilmittel sehen. Die politische Kultur und die politische Erziehung werden nicht gefördert, sondern leiden, je demokratischer das Wahlrecht ist. (Zustimmung rechts.) Früher ging die politische Kultur des Volkes von den Parlamenten aus. Heute ist das nicht mehr der Fall: Welchen Anteil nimmt das Volk noch am Parlamentarismus? Die Parteibehandlung der Verhandlungen in ihren Stimmungsformen, sozusagen als Theateraufführungen, nicht als lebendige Kraft, die entspricht fähigkeit der Stimmung im Volke. Die Parteien, wo die Parlamente die Zentren der politischen Bildung waren, sind nun vorbei. Dazu hat in allen Ländern die Demokratisierung des Parlamentarismus geführt, die zugleich auch eine Verflachung und Verrohung der politischen Sitten herbeigeführt hat. (Lebhaft. Zustimmung rechts.) Ich sage das alles, um vor einer Ueberladung der politischen Bedeutung des Wahlrechtes zu warnen. Die Regierung sah ihre Aufgabe bei der Wahlreform darin, daß sie veraltete Bestimmungen beseitigt, unter Schonung des bis jetzt bestehenden Wahlsystems, das in einer demokratischen Form vor uns steht, wir haben keine Grund vor der Sozialdemokratie, nicht wäre auch der schlechteste Ratgeber, wie immer. Bismard wird mit seinem Ausbruch vom elendesten aller Wahlsysteme immer zu Unrecht als Gegner der Dreiklassenwahl ausgespielt. Wir hatten an der Defektheit der Wahl die Wahl fest. Sie hat genau so ihre Vorgänge wie die allgemeine Wahl. Die Regierung steht in der Lage, die Defektheit der allgemeinen Wahl? Anders da als der allgemeine Wahl. Man überredet sich, daß es keine Wahl nicht. Sie soll die Unabhängigkeit der Wahl sichern. Ueberdies sind wir doch die Unabhängigkeit nicht! Unter ganzem Leben steht sich an Unabhängigkeit auf. (Gelächter links.) Diese gottlose Abhängigkeit, wie Bismard sie genannt hat, ist berechtigt, und sie muß die Wähler auch in das Wahllokal begleiten. Die Sozialdemokratie wird auch bei der Einführung der allgemeinen Wahl die bürgerlichen Wähler terrorisieren. (Abg. v. Borchmann: Ruhe!)

Vizepräsident Borch ruft den Abg. Liebknecht wegen dieses Vorfalles zur Ordnung.

Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg (fortfahrend): Wir verstehen die allgemeine Wahl als, weil sie die Wähler dazu verführt, der Verantwortlichkeit des öffentlichen Lebens unter dem Druck der Defektheit des Wahlsystems, die Wähler zu betrachten, zu denen sie sich öffentlich nicht zu bekennen wagen. Wir wollen uns unsere preussische Eigenart, die nicht aufsteht zu dem Zustandekommen des Reiches geführt hat, nicht verflüchten lassen. Preußen muß sich den historischen Zusammenhang mit seiner gesamten Entwicklung erhalten, es muß seine Macht fest erhalten und sie dem Reiche dienstbar machen. Lassen Sie sich von diesen Gedanken bei der Beratung der Vorlage leiten, dann werden Sie nicht nur Preußen, sondern auch dem Reiche den besten Dienst leisten! (Lebhaft. Beifall rechts, Zischen b. d. Soz.)

Minister des Innern v. Wolff beginnt unter großer Unruhe des Hofes lauten Lärmes zu sprechen. Er erläutert die Bestimmungen der Vorlage im einzelnen. Die Form der indirekten Wahl könne fallen gelassen werden, da die heutigen Verhältnisse sich überflüssig gemacht haben.

Abg. Herr v. Richter (konf.): Ehe der Ministerpräsident zu sprechen begann, ertönten hier im Saale Rufe von jener (zu den Soz.) Seite, wie man sie selbst auf der Straße nicht hören würde. (Lebhaft. Zurufe rechts: Sehr richtig! Bravo! Lärm b. d. Soz. Abg. Richter ruft zur Rechten hinüber. Vizepräsident Dr. v. Borch: Etzobell, Sie haben nicht das Wort!) Wir Konservativen sind durchaus keine Reaktionäre, in manchen Dingen haben wir uns fortgeschritten als die Freisinnigen erwiesen. (Lärm links.) Wir finden auf jedem Gebiete auch den Gegner zu verstehen. Die Wahlrechtsvorlage ist vor allem eine preussische Angelegenheit. Wir würden an den Grundgesetzen des preussischen Wahlrechts nicht rütteln lassen. Die Sprünge ins Dunkle sind schon vielen leicht bekommen. (Sehr richtig! rechts.) Ich warne vor Experimenten. Wir werden die Vorlage sachlich prüfen, und haben nicht die Absicht, die prinzipiellen Fragen der Vorlage im Plenum zu erörtern. Das wird in erster Arbeit in der Kommission zu geschehen haben. Ich beantrage Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern, will aber bereits jetzt erklären, daß wir schwere Bedenken gegen viele Ein-

St. Mathias-Bruderschaft.
Samstag morgen 10 Uhr
Beerdigung des Mitgliedes
Jacob Schmitz
wom hiermit freundlichst eingeladen wird.
Sterbehause: Eifelstraße.

Gesellschaft Verein.
In der am Samstag Morgen
9 1/2 Uhr stattfindenden Beerdigung unseres verstorbenen Mitgliedes Herrn
Jacob Schmitz
wird hiermit freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Einfamilienhaus
mit Stadung und Außere
wohnung preiswert zu ver-
kaufen oder zu vermieten.
Königsstraße 28.

Eine Parzelle Garten, 4 A
84 Meter, gelegen an der Beh-
renstraße, hat preiswert zu ver-
kaufen.
Heinrich Müller, Adolphshoven.

Zäckerstraße 49
erste Etage
zu vermieten.

Mittelstraße 16
Erste Etage,
5 Räume u. 1 Manfarden-
zimmer zum 1. April zu ver-
mieten.
Nah. Brückstr. 3.

Gartenstraße 45
1. Etage, 4 Zimmer und 2
Manfarden mit allen Bequem-
lichkeiten zum 1. April zu ver-
mieten.

Zu vermieten.
Zum 1. März
kl. Wohnung
von drei Räumen, Münsterstr. 1.
Nah. Glockenauer 20, part.

2 Zimmer 1. Etage, Anbau,
und 1 Manfardenzimmer per
15. Febr. oder 1. März zu ver-
mieten.
Eifelstraße 2.

Zwei Zimmer mit Manfaden
an ruhige anständige Leute 1.
1. März zu vermieten.
Naheres Rheinstraße 2 a.

Wdwl. Parteezimmer
Naher der Bahn, an 2 Personen
zu vermieten.
Wo, sagt die Expedition.

Für die einzelnen Haushalten
des Kreises Naht

Vertreter
für Hagelversicherung gesucht.
Off. u. P. 273 a. d. Ann.-Exp.
D. Schürmann, Düsseldorf.

Suche für meinen Sohn, der
im Besitz des einjährig. Zeug-
nisses ist, eine Stellung in
kaufmännische Geschäft, am
liebsten Getreide- od. Weinhandl.
Offerten unter A 34 an die
Expd. Nr. 34.

Suche sofort einen jüngeren
Malchinschreiner
mit gut. Zeugn. f. dauernde Be-
reit. Eifelstraße 19.

Eine Schmiede und
Stellmacherei
mit elektr. Antrieb, komplett
eingerichtet, sofort zu vermieten
oder zu verkaufen.
Naher, Neuhofstr. 4.

Ein solider durchaus selbst-
ständiger
Bäckergeselle
gesucht.
Offerten unter B 951 an die
Expedition.

Tüchtige Gehilfin
für Costümes
gesucht. A. D. Puffer
Canalstr. 21.

Landwirte benutzen
mit Vortheil
den Inkrantentheil der
A.-G. Z.

Personal
wird mittels einer
Anzeige in der
N.-G. Z.
mit Erfolg

gesucht.

Telefon 1
 Die
 Als
 Quin
 Abor
 Hr.
 Des h
 Nun h
 geliebte G
 liegt, er
 Kathol
 geist, der
 auf dies
 Erfolg sch
 selnem G
 Lieblosigk
 Violettrach
 erinnert er
 hohepriester
 seines Lei
 reichet, mi
 Einheit be
 rebet hat.
 Bitte nicht
 auch für
 glauben in
 Vater, in
 in uns c
 böß du m
 liebst, di
 geben, dan
 kommen e
 du mich
 Lieb? (S
 Erbdädelai
 die an ih
 einen deut
 aufgestell
 schiedsrede
 kennen, da
 liebet unter
 bis heute
 male der
 sen mit b
 auf die n
 den Erdb
 heit, die
 biete des
 unter ber
 wahr ist
 schiedsrede
 den Apost
 es Aufgab
 dieses Ma
 denen G
 nicht zu
 seinerseits
 das Wand
 die heilige
 Wand der
 und „des
 Ich frage
 und den
 ständnisse
 sich, bitter
 sich weiter
 in der l
 mehrfach
 ich laut
 Nachdruck
 alle, die
 zur Liebe
 mahnen.
 Leben, die
 schreiet, i
 bieterisch
 rung der
 Mahnru
 lichen Leb
 nommen.
 sozialen G
 mitreitte
 te n für
 ich von d
 belle, mit
 seiner Seit
 nicht, aus
 Sache ein
 geliebte G
 Vaterland
 genüber.
 bringen fü
 ihre Gri
 Wert dar
 ben. Der
 derhöft eu
 schenlich
 um unter
 um unter
 küd, daß
 Lage der
 genüßliche
 Plage sei
 tung der
 ter der an
 Wie die a